Quelle: Volksstimme (Schaub Medien AG), Sissach, https://www.volksstimme.ch/
mit freundlicher Genehmigung zur Verfügung gestellt

Hitzeinseln sollen verschwinden

Baselbiet/Sissach | Gemeinden mit mehr Kompetenzen gegen versiegelte Böden

Der Regierungsrat möchte den Gemeinden mehr Kompetenzen geben, um Massnahmen gegen die Entstehung von Hitzeinseln im Siedlungsgebiet zu treffen. Dies bedingt eine Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes. Ein öffentliches Vernehmlassungsverfahren wurde eröffnet.

Sander van Riemsdijk

Hitzeinseln entstehen meistens in Gewerbegebieten.

Bild svr.

Es ist warm in den vergangenen Wochen, wobei es insbesondere in den Städten und Gemeinden noch wärmer ist als auf dem Land. Diese ächzen förmlich unter der Frühlings- und Sommerhitze. Wenn in diesen Siedlungsgebieten Hitzetage und damit die Tropennächte, die uns den Schlaf rauben, zunehmen, entstehen sogenannte Hitzeinseln. Eine Entwicklung, die sich in den kommenden Jahren häufen wird, wie die Klimamodelle voraussagen. Die Temperaturen werden bedingt durch den Klimawandel mit grösster Wahrscheinlichkeit, insbesondere in ausgeprägten Hitzeperioden, stark ansteigen. Bei hohen Temperaturen heizen sich dicht besiedelte Gebiete übermässig auf, wobei versiegelte Böden die Erwärmung zusätzlich begünstigen.

Um das zu vermeiden, sollen die Gemeinden im Rahmen ihrer zwingenden Anpassung an den Klimawandel in ihren Zonenreglementen künftig konkrete Bestimmungen festschreiben können, um das Klima vor Ort zu verbessern, die Qualität des Wohnumfelds zu erhöhen und um einen ökologischen Ausgleich für bebaute Flächen zu schaffen. Dies liess der Regierungsrat in einer Medienmitteilung verlauten und möchte damit den Gemeinden mehr Kompetenzen geben, um mehr Massnahmen als bisher gegen die Entstehung von solchen Hitzeinseln in verdichteten Siedlungsgebieten zu treffen. Aus diesem Grund hat er das öffentliche Vernehmlassungsverfahren mit einer Frist bis 30. September für die Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes (RBG) eröffnet.

Flächen werden geprüft

Bäume wirken wie natürliche Klimaanlagen gegen Hitzeinseln und lassen uns die Hitze besser ertragen. So auch Grünflächen. In diesem Sinne und mit dem Ziel, solche Hitzeinseln künftig zu reduzieren, hat die Gemeinde Sissach im Bereich Tiefbau begonnen, gemeindeeigene öffentliche und versiegelte Flächen darauf zu prüfen, ob diese Flächen geöffnet und anschliessend begrünt werden können, wie Gemeinderat Stephan Marti auf Nachfrage sagt. Dafür aber mit einer Einschränkung: «Es muss aus Verkehrssicht auch Sinn ergeben.»

Wie Hitzeinseln mit ihren wärmespeichernden Materialien entstehen, hängt von der Vegetation und von der Bodenfeuchte in den Städten und Dörfern ab. Mit der Pflanzung von einigen Bäumen ist es nicht getan. In grösserem Masse aber können diese – zusammen mit einer flächendeckenden Begrünung – unterstützend wirken, um die Raum- und Aufenthaltsqualität zu erhalten beziehungsweise zu verbessern. Hier könnte die Bevölkerung einen wertvollen Beitrag leisten, da nahezu jede Begrünung eine sinnvolle Investition für eine höhere Lebensqualität ist.

In diesem Sinne erarbeitet die Sissacher Fachstelle Umwelt und Energie im Rahmen des kantonalen Projekts «Grüne Siedlung» (die «Volksstimme» berichtete) eine Klimastrategie mit Fokus auf die Klimaanpassung – dazu gehören unter anderem die Hitzeinseln. Mit einem Kommunikationsprogramm soll den Menschen die Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie und womit sie selber zur Bekämpfung von Hitzeinseln beitragen können, wie die verantwortliche Leiterin Nicole Itin sagt: «Wir erarbeiten Massnahmen, um zu überprüfen, wo diese Hitzeinseln sind und wer betroffen ist und was man dagegen machen kann.» Hitzeinseln trifft man oft in Gewerbegebieten an, in Sissach ist auch die Begegnungszone betroffen.

Hitzeinseln als ernstes Problem

In dicht bebauten Siedlungsgebieten stellen Hitzeinseln ein ernstes Problem dar. Die Gemeinde macht sich in der Problemlösungsfindung dazu konkrete Überlegungen, wie Marti sagt: «Im Bereich Hochbau werden im Rahmen der Zonenplanrevision Siedlung – worüber letztlich an der Einwohnergemeindeversammlung abgestimmt wird – in Zukunft generell bei allen Neu- und Hochbauten Umgebungspläne eingeordnet, womit wir konkret Einfluss nehmen wollen, wie die Umgebung gestaltet wird und spezifische Vorschriften erlassen, wie insbesondere die Flachdächer zu begrünen sind.»

Die Gemeinde geht zusammen mit ihrer Fachstelle Umwelt und Energie noch einen ökologischen Schritt weiter. Was die Bodenfeuchte betrifft, wird im Zug der Sanierung der Hauptstrasse Ost das Konzept «Schwammstadt» umgesetzt. «Dort geht es darum, dass wir bei dieser Sanierung Bäume pflanzen und diese durch Abwasser (Dachwasser) von den angrenzenden Liegenschaften bewässert werden», so Marti und weiter: «Ein relativ neues Konzept, das wir bewusst einmal testen möchten, ob dies effektiv so umsetzbar ist.»

Projekt «Schwammstadt»

svr. «Schwammstadt» (auf Englisch Sponge-City) ist ein Projekt der Stadt- und Dorfplanung, um anfallendes Regenwasser in Dörfern und Städten lokal aufzunehmen und zu speichern, anstatt es lediglich zu kanalisieren und abzuleiten. Dadurch werden Überflutungen bei Starkregenereignissen vermieden, das Dorf- und Stadtklima verbessert und die Gesundheit von den Bäumen gefördert.

Pümpin-Stiftung zieht es nach Basel

Gelterkinden | Sitzverlegung infolge Wechsel im Vorstand

Die Fritz-Pümpin-Stiftung fördert seit Jahren das Andenken an den grossen Baselbieter Kunstmaler und Archäologen. 2024 soll es eine grosse Ausstellung in Gelterkinden geben. Momentan lässt aber etwas anderes aufhorchen: Der «Umzug» der Stiftung nach Basel. Das steckt dahinter.

Paul Aenishänslin

Bisher war die Fritz-Pümpin-Stiftung bei der Kanzlei «Baader Rechtsanwälte» in Gelterkinden domiziliert. Da Michael Baader aber aus dem Stiftungsrat ausgetreten ist, hat sich eine neue Situation ergeben. Fortan ist die Stiftung an der Adresse von Reto Jagher Pümpin, dem Präsidenten der Stiftung, in Basel beheimatet. Er ist der Schwiegersohn von Volkmar Pümpin – Sohn von Fritz Pümpin und Vizepräsident der Stiftung.

Der Zweck der Stiftung wird in den Statuten und auf der Website so beschrieben: «Zweck ist es, das künstlerische und archäologische Schaffen des Kunstmalers Fritz Pümpin zu bewahren, lebendig zu halten und zum Beispiel durch Ausstellungen weiteren Bevölkerungskreisen bekannt und zugänglich zu machen.»

Volkmar Pümpin sagt, dass im April kommenden Jahres eine Pümpin-Ausstellung im «Jundt-Huus» in Gelterkinden geplant ist. Diese hätte eigentlich schon im vergangenen Jahr, zum 50. Todestag seines Vaters, stattfinden sollen. Sie musste wegen der Pandemie aber verschoben werden. Es sollen Pümpin-Bilder aus dem Bestand der Stiftung sowie aus dem Fundus der Familie präsentiert werden. Ausserdem sollen bei der Gemeinde Gelterkinden verwahrte persönliche Andenken des Künstlers gezeigt werden.

Bald ein Fritz-Pümpin-Museum?

Fritz Pümpin kann als Baselbieter Impressionist bezeichnet werden. Er hat unzählige Ölbilder von Landschaften, Dorfansichten und Personen im 20. Jahrhundert geschaffen – ähnlich wie seine französischen Seelenverwandten Claude Monet, oder Édouard Manet im 19. Jahrhundert.

Wäre es vielleicht sogar an der Zeit, in Gelterkinden ein Museum für einen der grössten Oberbaselbieter Künstler zu eröffnen, das neben ständigen Exponaten auch Wechselausstellungen thematischer Art durchführen könnte? Volkmar Pümpin fände das eine «sehr gute» Idee. Sie sei bisher «leider» noch nie richtig thematisiert worden. Auf alle Fälle wäre die Fritz-Pümpin-Stiftung bereit, sich an der Schaffung eines solchen Pümpin-Museums zu beteiligen, wobei der Hauptteil der Finanzierung aus anderen Quellen aufzubringen wäre. Werke und Andenken an Fritz Pümpin würde die Stiftung als Leihgaben zur Verfügung stellen.

Als Zwischenschritt wäre die Gründung eines Fritz-Pümpin-Vereins denkbar, der dann als Träger des Museums infrage kommen könnte, meinen seine Nachkommen. Ob es jemals dazu kommt, bleib vorerst aber offen.

SP lanciert kantonale Solarinitiative

Baselbiet | Im Herbst sollen Unterschriften gesammelt werden

sda./vs. Die SP Basel-Landschaft hat am Mittwoch an der Delegiertenversammlung in Zwingen den Initiativtext für eine Baselbieter Solarinitiative verabschiedet.

Die Baselbieter Dächer und Fassaden sollen mit Photovoltaikanlagen ausgerüstet werden. So würden sie einen wichtigen Beitrag an die Energiewende leisten und helfen, die Energieversorgung des Kantons zu sichern, hiess es in der Mitteilung der SP Baselland. Die Delegierten der SP seien überzeugt, dass die Baselbieter Bevölkerung die Notwendigkeit eines raschen Ausbaus der erneuerbaren Energien erkenne, hiess es weiter. Lanciert werde die Initiative im Herbst 2023. Die bürgerliche Mehrheit habe sich bislang im Landrat gegen eine vorausschauende Energiepolitik gewehrt und mit der Unterstützung der GLP eine Solaroffensive abgelehnt.

Mit der Resolution zum LNG-Terminal in Muttenz fordert die SP zudem ein Moratorium für die Errichtung eines Flüssiggasterminals auf Kantonsgebiet, bis ein verbindliches Ausstiegsszenario aus der Verbrennung von fossilem Gas zu Heizzwecken vorliegt.

Zum Ende der Versammlung widmeten sich die Delegierten den anstehenden nationalen Wahlen. Nachdem bereits im März Unterlistenverbindungen mit den Listen der Jungsozialisten (Juso) beschlossen worden waren, entschieden die Delegierten einstimmig, eine Unterlistenverbindung mit der Liste der SP 60+ einzugehen, wie die Partei weiter mitteilte.

Darauf zu finden ist eine ganze Reihe von «alten Bekannten»: Ursula Jäggi, Marc Joset, Regula Meschberger, Marianne Quensel, Hannes Schweizer, Annemarie Spinnler und Roland Plattner. Zudem wurde die Unterstützung der Ständeratskandidatur von Maya Graf «mit grossem Mehr» beschlossen.